BESCHLUSSVORLAGE

öffentlich

☐ Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Kreisausschuss	05.03.2024	
Kreistag	11.03.2024	

Betreff:

Übertragung der Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz und der Richtlinie zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung in der Landesverwaltung (Antikorruptionsrichtlinie) gem. § 155 Abs. 2 NKomVG

Beschlussvorschlag: Die Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz i.V.m. dem Niedersächsischen Hinweisgebermeldestellengesetz werden mit sofortiger Wirkung an den Fachbereich Rechnungsprüfung des Landkreises Wittmund übertragen. Überdies werden dem Fachbereich Rechnungsprüfung die Aufgaben nach der Richtlinie zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung in der Landesverwaltung (Antikorruptionsrichtlinie) übertragen.

Sachverhalt: Am 02. Juli 2023 trat das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) in Kraft. Damit wird die sog. EU-Whistleblower-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Dieses Gesetz regelt insbesondere den Schutz vor Repressalien von hinweisgebenden Personen bei der Meldung von Verstößen, die sie im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit oder im Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit erlangt haben. Hiervon umfasst sind u.a. strafbewehrte und bußgeldbewehrte Verstöße sowie etwaige andere Verstöße gegen Rechtsvorschriften.

Die Pflicht zur Einrichtung einer internen Meldestelle, welche die Meldungen über die Verstöße entgegennimmt und bearbeitet, richtet sich entsprechend § 12 Abs. 1 S. 4 HinSchG nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts. Dieses ist mit dem Niedersächsischen Hinweisgebermeldestellengesetz (NHinMeldG) am 20. Dezember 2023 in Kraft getreten.

Demnach werden für die interne Meldestelle zukünftig verschiedene Meldekanäle (telefonisch und schriftlich) für die hinweisgebenden Personen bereitgestellt. Zu den Aufgaben der internen Meldestelle gehören neben dem Betreiben der Meldekanäle das Verfahren bei eingehenden internen Meldungen sowie ggf. das Ergreifen von Folgemaßnahmen (§§ 16 - 18 HinSchG).

Beim Landkreis Wittmund soll die interne Meldestelle zukünftig aufgrund der sachlichen Unabhängigkeit sowie der Weisungsungebundenheit im Fachbereich Rechnungsprüfung angegliedert werden. Für diese Aufgabenübertragung an den Fachbereich Rechnungsprüfung ist nach § 155 Abs. 2 NKomVG ein Beschluss des Kreistages erforderlich.

Ferner sollen auch die Aufgaben der Ansprechperson für Korruptionsbekämpfung nach der Richtlinie zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung in der Landesverwaltung (Antikorruptionsrichtlinie), welche bereits dort wahrgenommen werden, an den Fachbereich Rechnungsprüfung übertragen werden. Durch die Zusammenführung dieser verwandten Aufgaben im Fachbereich Rechnungsprüfung können insbesondere eine einheitliche Überprüfung gewährleistet und Synergien geschaffen werden.

Vorlage betrifft klimarelevante Maßnahmen: Ja Nein
Falls ja, in welcher Art: Siehe Anlage

Wittmund, den 20.02.2024

gez. *Börgmann, Wiebke*

Abstimmungsergebnis:			
Fraktion	Ja:	Nein:	Enth.:
Fachausschuss	Ja:	Nein:	Enth.:
Kreisausschuss	Ja:	Nein:	Enth.:
Kreistag	Ja:	Nein:	Enth.:

Anlagenverzeichnis: